

Hartwig: Regierung zerstört Arztpraxen

Im Honorarstreit fordert Expertin Bündnis von Medizinern und Patienten

Das Gesundheitssystem wird auch nach einer der umfassendsten Reformen zu Beginn des Jahres immer verworrener. Fast drei Milliarden Euro zusätzlich hat Ministerin Ulla Schmidt (SPD) für die Bezahlung der Ärzte einkalkuliert. Trotzdem klagen die Mediziner über eine zu geringe Honorierung ihrer Leistungen. Für Gastautorin Renate Hartwig liegt der Fehler im System.

Aus meiner Sicht wird es Zeit, dass der schlummernde Riese Patient aufwacht. Ärzte und Patienten müssen auf der Reise durch den Dschungel der Gesundheitspolitik die Segel gemeinsam setzen. Wir können nur zusammen Bewegung in die endlosen Diskussionen zwischen Ärztenverbänden, Kassen und der Politik bringen. Wir müssen uns einmischen und dürfen uns nicht länger entmündigen lassen. Immer ist der Arzt da, wenn wir ihn brauchen. Nun braucht die Ärzteschaft uns Bürgerpatienten.

Die Debatte um Arzthonorare ist einseitig. Niedergelassene Mediziner sind das Rückgrat jeder wohnortnahen Krankenversorgung. In der Praxis eines freien Arztes entsteht das notwendige Vertrauen zwischen Arzt und Patient. Voraussetzung für einen Heilungsprozess ist, den Kranken genau zu kennen. Besser und preiswerter als selbstständig tätige Ärzte wird – auch bei Unzulänglichkeiten in Einzelfällen – keine Institution Kranke versorgen.

Doch wie gehen Gesundheitspolitiker, Kassenfürsten und Vorstände der Kassenärztlichen Vereinigungen mit unseren Ärzten um? Vor mehr als einem Jahrzehnt hat die Politik den Ärzten einen Ausgabendeckel verpasst. Niemand hat uns Versicherten die Wahrheit über dieses begrenzte Budget gesagt. Es wurde und wird unseren Ärzten überlassen, die zunehmende Rationierung bei Heil- und Hilfsmitteln an uns Patienten durchzusetzen.

Zu Bittstellern degradiert

Ärzte und Patienten werden zu Bittstellern degradiert. Aus Politikermund wird uns ein unüberprüfbares Zahlenspiel aufgetischt. Dagegen steht die Realität. Unsere Haus- und Fachärzte werden mit Quartalspauschalen, die nicht einmal ihre fixen Kosten decken, abgespeist.

Spätestens jetzt wird klar: Es geht weder um unsere notwendige noch um eine wirtschaftliche Behandlung. Es geht um einen System-

wechsel. Hin zu medizinischen Versorgungszentren, in denen der angestellte Arzt uns Patienten nach den Kriterien „Gewinn und Verlust“ für die Investoren behandeln muss. „Versorgung aus einer Hand“ nennt es die SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt. Und die CDU-Kanzlerin Angela Merkel nickt freundlich dazu.

„Es geht weder um eine notwendige noch um eine wirtschaftliche Behandlung. Es geht um einen Systemwechsel. Hin zu medizinischen Versorgungszentren, in denen der angestellte Arzt uns Patienten nach den Kriterien ‚Gewinn und Verlust‘ für Investoren behandeln muss.“

Nur wer die Hand führt, kommt nicht von Schmidts Lippen. In den USA ist dieses „Versorgen aus einer Hand“ verwirklicht. Dort ist von der Versicherung, dem Ärztezentrum, dem Pharmaunternehmen, der Apotheke bis zum Bestatter alles in einer Hand. Versorgung wird in den USA als Gewinn und Verlust für den Investor definiert. Kranke müssen zahllose Behandlungen mit satten Aufschlägen bezahlen. Dringend notwendige Behandlungen können sich deshalb Millionen Menschen nicht leisten.

Wer sich ernsthaft mit der Entwicklung unseres Gesundheitswesens auseinandersetzt, erkennt, weshalb unsere Ärzte an den Rand des Ruins reformiert werden. Die derzeitige Bundesregierung verfolgt die Richtung der Gesundheitskonzerne. Sie hat mit ihren Reformen den Bo-

den für die existenzielle Vernichtung der freien niedergelassenen Arztpraxen bereitet.

Das Wettbewerbsstärkungsgesetz ist nichts anderes als ein Wettbewerbsverzehrungsgesetz zugunsten der privaten Klinikketten. In Verbindung mit dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz erhalten die Klinikinhaber die Möglichkeit, ihre angestellten Ärzte in die ambulante vertragsärztliche Versorgung zu entsenden.

Solidarsystem ausverkauft

Damit können sie – und hier liegt das Interesse – die Belegung ihrer Häuser steuern und zwar besonders mit den Erkrankungen, deren Behandlung standardisiert abläuft und eine entsprechende Rendite abwirft. Die anderen Patienten sollen, wie heute schon regelmäßig, von niedergelassenen „Restärzten“ für nicht kostendeckende Honorare behandelt werden. Das politische Verständnis von Wettbewerb führt – zum Nachteil der Patienten und Ärzte – in ein völlig anderes System.

Der Ausverkauf unseres Solidarsystems sowie die Desinformationen über das Honorarsystem lassen sich nur durch Offenlegung der Fakten über den tatsächlichen Verbleib unserer jährlich einbezahlten Beitragsgelder – im Moment sind dies 160 Milliarden Euro – stoppen.

Am morgigen Samstag, 7. März, diskutiert Renate Hartwig ab 15 Uhr im Neuwieder Heimathaus mit Bundestagskandidaten aus dem Kreis Neuwied über die Gesundheitsreform.



Welche Erfahrungen haben Sie mit der Honorarreform gemacht?

Standen Sie schon vor verschlossenen Praxen? Berichten Sie uns von Ihren Erfahrungen unter rhein-zeitung.de/forum



Renate Hartwig ■ Foto: dpa

Unsere Gastautorin

Renate Hartwig (57), verheiratet, drei erwachsene Kinder, ist Publizistin und mehrfache Bestsellerautorin. Sie beschäftigt sich intensiv mit gesellschaftskritischen Fragen. Sie gründete die bundesweit agierende Bürgerinitiative „patient-informiert-sich“ und schrieb den Bestseller „Der verkaufte Patient“.